Parteiprogramm der Sozial-Liberalen Auenlandpartei

Inhalt

- 1. Grundsätze der Partei
- 2. Inneres
- 3. Kultur
- 4. Arbeit
- 5. Justiz
- 6. Gesundheit und Soziales
- 7. Wirtschaft und Finanzen
- 8. Sonstiges

1. Grundsätze der Partei

Die Sozial-Liberale Auelandpartei, kurz SLAP, strebt danach, mit ihrer Politik einen Einklang zwischen humaner Sozial- und liberaler Wirtschaftspolitik zu finden. Die SLAP hat sich die Verteidigung einer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung gegen radikale Kräfte auf die Fahne geschrieben. Ebenfalls verteidigen will die SLAP liberale Bürgerrechte, gleichzeitig aber betont sich auch soziale Bürgerpflichten. Die SLAP lehnt Rassimus, Sexismus und Benachteiligung jeder Art entschieden ab. Die Bekämpfung dieser Missstände ist eines ihrer Hauptanliegen.

2. Inneres

Die SLAP verlangt, dass die Polizei stets als Ansprechpartner für die Bürger verfügbar ist und Sorgen sowie Probleme der Bürger ernst nimmt. Nur so kann ein Gefühl der Sicherheit herrschen. Des Weiteren fordert die SLAP, dass die Kompetenzen der Polizei klar und eindeutig definiert sind, damit kein Eingriff in die liberalen Bürgerrechte stattfinden kann. Zum Beispiel muss klar sein, dass Verhaftungen nur mit richterlichem Haftbefehl stattfinden dürfen, um Willkür zu vermeiden. Des Weiteren ist die SLAP der Ansicht, dass alle Polizisten klar als solche zu erkennen sein müssen. Außerdem ist die SLAP der Meinung, dass Besucher-Visa für Fremdländer mehrfach gültig sein sollten. Ebenfalls ein Anliegen der SLAP ist eine funktionierende Bürokratie. Dafür soll in jedem Amt eine klare Hierarchie und Verteilung der Kompetenzen herrschen.

3. Kultur

Die SLAP will einen Etat an Fördergeldern für Künstler aller Art bereitstellen. Die Förderung der Kultur ist für ein gesundes gesellschaftliches Zusammenleben unabdingbar.

4. Arbeit

Die SLAP steht für das Verbot einer grundlosen Kündigung ein. Des Weiteren sollen freie Stellen im öffentlichen Dienst genutzt werden, um Arbeitlosigkeit vorzubeugen. Bürger, die ihre Arbeitsstelle verlieren, sollen im öffentlichen Dienst direkt eine neue finden. Die SLAP setzt sich auch dafür ein, eine Beschwerdestelle gegen Ausbeutung zu errichten. Hier sollen sich Bürger melden können, die sich von ihrem Betrieb ausgebeutet fühlen. Die Beschwerdestelle wird das dann untersuchen.

5. Justiz

Die SLAP steht für schlanke und effektive Gerichtsverfahren. Deshalb steht sie für ein eingleisiges Strafsystem ein, bestehend aus Geldstrafen.

6. Gesundheit und Soziales

Die SLAP setzt sich dafür ein, die Einhaltung hygienischer Standards in Betrieben regelmäßig zu überprüfen. Des Weiteren will die SLAP die soziale Gleichberechtigung sicherstellen. Dafür soll eine Beschwerdestelle eingerichtet werden, an die sich Bürger, die faktisch im Betrieb benachteiligt werden, wenden können. Eine Benachteiligung wäre zum Beispiel, dass ein Bürger in einem Betrieb für die gleiche Arbeit und gleiche Arbeitsdauer ein niedrigeres Gehalt als ein anderer Mitarbeiter erhält.

7. Wirtschaft und Finanzen

Die SLAP steht für eine flexible Gewerbesteuer, die sich vor allem an den Einnahmen, den Ausgaben und der Mitarbeiteranzahl des Betriebs orientiert. Zum Beispiel muss ein Betrieb mit 10 Mitarbeitern bei gleichen Einnahmen und lohnunabhängigen Ausgaben wie ein Betrieb mit 5 Mitarbeitern eine niedrigere Gewerbesteuer entrichten als letzterer, da ersterer höher Lohnabgaben zu leisten hat. Des Weiteren will die SLAP die Einfuhrzölle auf Waren möglichst gering halten. Außerdem verlangt die SLAP eine staatliche Förderung für junge Unternehmer, finanziell sowie durch die Expertise älterer Bürger. Außerdem will die SLAP gegen das Entrichten einer Gebühr Titel, zum Beispiel Doktoren- oder Adelstitel, und ähnliches an die Bürger vergeben.

8. Sonstiges

Die SLAP ist der festen Überzeugen, dass Artikel 12 [Ehe] die Ehe für Alle und damit eines der grundlegenden LBGQT nicht ausreichend schützt, sie kann und darf aber eine Änderung aber nicht vorschlagen und aktzeptiert dies als Verfassungstreue Partei. Artikel 13 [Grundrechtsverwirkung] muss die SLAP zwar aufgrund der Ewigkeitsklause akzeptieren, aber prinzipiell ist sie der festen Überzeugung, dass ein Bürger seine Grundrechte nicht verwirken kann. Außerdem ist die SLAP der Ansicht, dass der Innenminister nicht zwingend Stellvertreter des Kanzler sein sollte, sondern das der Kanzler einen Minister seiner Wahl zu seinem Stellvertreter ernennen sollte.